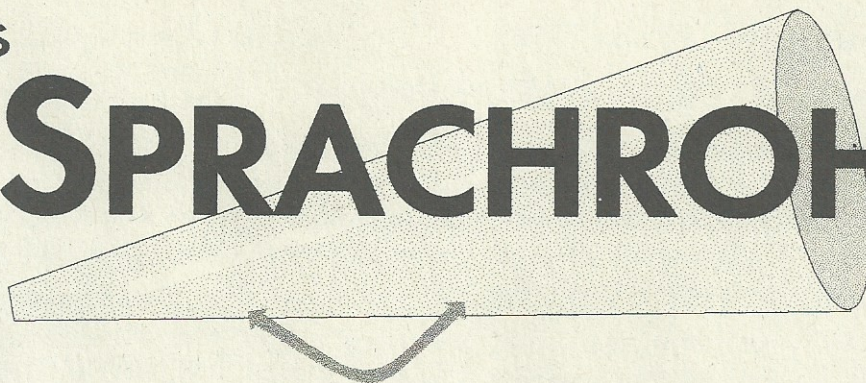
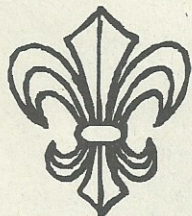


Das

SPRACHROHR



der Ahnataler

SPD

NR. 2/1998

Juni 1998

Es ist wieder soweit!

Lindenfest in Weimar

am 4. Juli 1998,

Unter der Linde, Ortsteil Weimar

(Fernsehübertragung von der Fußballweltmeisterschaft ist sichergestellt!)

Dorffest in Heckershausen

am 18. Juli 1998,

Dorfplatz, Ortsteil Heckershausen

Beginn jeweils 14.00 Uhr

Und das erwartet Sie:

am Nachmittag

Flohmarkt für die Kinder
Kaffee und Kuchen
Unterhaltungsprogramm

am Abend

Musik zur Unterhaltung

Getränke zu moderaten Preisen

Für das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt!

Die Ahnataler SPD Ortsvereine freuen sich auf ihren Besuch.

SPD

Die Bilanz der Bundesregierung von 1982 bis 1998:

Arbeitnehmer verloren Rechte und Leistungen

Schritt für Schritt hat die Bundesregierung in den vergangenen 15 Jahren die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung verschlechtert. Unermüdlich wurde angekündigt, es gäbe neue Arbeitsplätze, alles werde besser. Leere Versprechungen. Nach dem 27. September wird es mit Gerhard Schröder und der SPD in Deutschland wieder soziale Gerechtigkeit geben.

Deutschland 1998

Weit über 4 Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Seit Kohl regiert wurde die Zahl der Arbeitslosen mehr als verdoppelt. Dazu kommt „verdeckte Arbeitslosigkeit“. Insgesamt sind über 6 Millionen Menschen ganz oder teilweise aus dem Arbeitsleben ausgeschlossen.

Viele wurden ärmer. Zehn Millionen Menschen lebten 1995 (neuere Zahlen gibt es nicht) unter der Armutsgrenze. 5,8 Millionen davon lebten in einem Erwerbstätigenhaushalt. Jede dritte Person lebt in einem Haushalt mit Niedrigeinkommen (75 % des Durchschnittseinkommens). Eine halbe Million Jugendliche sind ohne Ausbildungsplatz. Mit denen, die sich ganz zurückgezogen haben oder in schulischen „Warteschleifen“ sind, sind es nach Schätzungen des DGB noch 200.000 mehr.

Arbeitnehmerrechte gekappt

Der Kündigungsschutz wurde verschlechtert. Das hat zur Folge, daß in ca. 80% der Betriebe, in denen knapp 20% aller Arbeitnehmer beschäftigt sind, das Kündigungsschutzgesetz keine Anwendung mehr findet (nach Aussage von Bundesarbeitsminister Blüm!).

Die gesetzliche vorgeschriebene Lohnfortzahlung bei Krankheit ist von 100 auf 80 Prozent gekürzt.

Einschnitte bei der Rente

Für Frauen wird die Altersgrenze für den Rentenbezug von 60 auf 65 Jahre erhöht, für Männer von 63 auf 65. Wer früher in Rente gehen möchte, muß beträchtliche Minderungen in Kauf nehmen. 3,6% werden pro Jahr abgezogen. Die Renten richten sich zukünftig nicht mehr nach der Brutto-lohntentwicklung.

Ausbildungszeiten (Schule und Studium) werden nur noch bis zu drei Jahren angerechnet.

Die Voraussetzungen für die Rente wegen Erwerbs- und Berufsunfähigkeit sind verschärft. Außerdem sind diese Renten grundsätzlich zunächst auf drei Jahre befristet.

Das Rentenniveau wird von 70 Prozent auf 64 Prozent gesenkt.

Wie die Renten ohne diese sogenannten „Reformen“ aussehen würden, sagt Bundesarbeitsminister Blüm ungeniert: „Die sogenannte ‘Netto-Eckrente’, das heißt die Rente, die sich aus 45jähriger Beitragszahlung auf der Basis des jeweiligen Durchschnittsverdienstes ergibt, würde heute bei 2561 Mark liegen.“ Tatsächlich sind es aber nur ca. 1975 Mark.

Kranksein ist teuer wie nie

Für Rentner wird stufenweise ein individueller Krankenversicherungsbeitrag eingeführt.

Seit 1982 stiegen die Zuzahlungen bei Rezepten von einer Mark auf 13 Mark. Bei Verbandsmitteln, Krankentransporten, Hilfsmitteln wird der Ver-

sicherte ebenfalls zur Kasse gebeten. Die Zuzahlungen bei Krankenhausaufenthalt wurden von 5 Mark auf 17 Mark angehoben.

Zahnersatz wird für Versicherte, die nach dem 31. Dezember 1978 geboren sind, künftig nicht mehr bezahlt.

Und wer meint, mit dem Tod wäre alles vorbei, der täuscht sich. Selbst das Sterbegeld wurde gekürzt.

Wahlhilfe (oder -betrug?)

Nach einem kürzlich im SPIEGEL erschienenen Bericht weist die Bonner Regierung offensichtlich bundeseigene Unternehmen an, bis zur Bundestagswahl Langzeitarbeitslose einzustellen.

So hat Arbeitsminister Blüm, der in den vergangenen Jahren Arbeitsförderungsprogramme rücksichtslos zusammengestrichen hat, jetzt der Treuhand-Nachfolgerin BvS und der Treuhand Liegenschaftsgesellschaft (TLG) 300 Millionen Mark für Arbeitsbeschaffungsprogramme angewiesen, mit der Vorgabe, das Geld bis zum September zu verplanen. Seit Wochen schieben nun die DDR-Konkursverwalter Überstunden, um das Geld noch vor der Bundestagswahl mehr oder weniger sinnvoll unters Volk zu bringen.

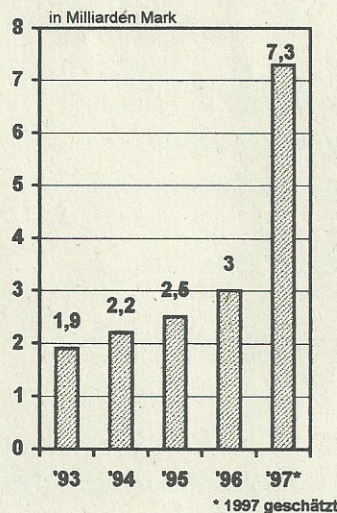
Auch die Deutsche Bahn AG hat Probleme mit der Verwendung unerwarteter Gelder. Auch hier stehen 120 Millionen Mark für Langzeitarbeitslose zur Verfügung, die vorübergehend bei der Sanierung stillgelegter Bahn-Flächen eingesetzt werden sollen.

Bei der Bahn wird die beabsichtigte Wahlhilfe besonders deutlich, muß sie doch selbst, im Rahmen der von der Regierung eingeleiteten Privatisierung, bis zum Jahre 2002 noch mehr als 50.000 Stellen abbauen. Außerdem ist bemerkenswert, daß von elf bisher begonnenen Projekten zehn in Wahlkreisen von einflußreichen CDU-Bundestagsabgeordneten liegen!

Bahn-Vorstandschef Ludwig wird sich aber kaum gegen die Absicht seiner Parteifreunde wehren - verdankt er es doch einzig dem Kanzler, daß er mit einem Jahressälär von rund einer Million in Frankfurt präsidieren darf.

Zuzahlungen:

Über 100% mehr für Arznei



Statt „Rote Socken“ jetzt „Roter Handschlag“

Die alten Parolen werden auch nicht mehr helfen!

Mit alten Sprüchen und Methoden versuchen CDU/CSU längst verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Die Bildung einer von der PDS geduldeten SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt veranlaßte die Führungsspitze zu wüsten Schimpfkanonaden und übelsten Unterstellungen. Man schreckte selbst davor nicht zurück, den politischen Gegner in die Nähe von Kriminellen zu rücken.

Seit Jahrzehnten machen CDU und CSU mit dem Gespenst des Kommunismus Wahlkampf. Der Trick ist immer der gleiche: Mit der Angst vor den Russen machten Adenauer und CDU/CSU schon in den 50ern mobil. Die Ostpolitik Willy Brandts wurde mit der Diffamierung bekämpft, die SPD liefere Deutschland den Kommunisten aus. Kein Wahlkampf ohne den Versuch, SPD und Kommunisten in einen Topf zu werfen. So auch die „Rote Socken“-Variante bei der Bundestagswahl 1994.

Ärgernis!

Der „Blickpunkt Abnatal“, offizielles Mitteilungsblatt unserer Gemeinde, gerät immer mehr zum Ärgernis. Nicht nur, daß die Bezieher monatlich 3,30 Mark für jede Menge Werbung bezahlen müssen, inzwischen wird im redaktionellen Teil, der jährlich mit ca. 11.000 DM aus dem Gemeindehaushalt praktisch finanziert wird, immer wieder Politik gemacht.

So wird unter Mißachtung der Veröffentlichungsrichtlinien in Ausgabe 15 unter der Überschrift „Landtagswahl“ eine Möchtegern-Kandidatin der CDU mit ihren Vorzügen vorgestellt. In Ausgabe 24 wird kritiklos eine Pressemitteilung der bekanntermaßen nicht unbedingt CDU/FDP-feindlichen Industrie- und Handelskammer Kassel (IHK) veröffentlicht, in der, ganz im Sinne der derzeit praktizierten Bonner Regierungspolitik, von einer „positiven Entwicklung“ im Ausbildungsbereich berichtet wird. Geradezu ein Hohn, wenn in unserer Region nach vorsichtigen Prognosen des Arbeitsamtes auch in diesem Jahr wieder einige hundert Lehrstellen fehlen.

Wir meinen, es ist an der Zeit, daß sich der Gemeindevorstand um eine Alternative bemüht, mit der die Mitbürgerinnen und Mitbürger kostengünstig amtliche Bekanntmachungen erfahren und sachlich über die Ereignisse in unserer Gemeinde informiert werden.

Weil die Regierungsbilanz der Bonner Koalition miserabel ist, weil die Mehrheit der Deutschen inzwischen offensichtlich der Meinung ist, 16 Jahre Kohl seien genug, greift die Union auch 1998 wieder zum alten Mittel. Die Entscheidung der SPD von Sachsen-Anhalt, nicht bedingungslos eine Koalition mit der CDU einzugehen, sondern die Arbeit ohne die CDU und bei Tolerierung der PDS fortzusetzen, wird als Teufelswerk, als „Katastrophe“ dargestellt. Reinhard Höppner, der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt wird als „Betonkopf“ beschimpft, der die „linke Republik“ will.

Die CDU hat in Sachsen-Anhalt die Wahl klar verloren, sie hat die Quittung für eine verfehlte Politik in Bonn und für nicht eingehaltene Versprechungen im Osten bekommen. Es war davon auszugehen, daß ihr nach der Schlappe jede Ausrede recht war, um der SPD allein die Regierungsverantwortung zu überlassen. Nur so konnte das bewährte Spiel mit bössartigen Unterstellungen nochmals versucht werden. Es wird hoffentlich nicht mehr funktionieren. 50 Jahre Manipulation der Wähler durch die Konservativen - das ist genug.

Als Beweis für die Verlogenheit der CDU/CSU-Kampagne hier einige Fakten: Die PDS ist in ostdeutschen Kommunalparlamenten mit ca. 6000 Abgeordneten vertreten. Sie stellt 196 Bürgermeister. Sie ist stärkste Fraktion in Potsdam, Schwerin, Rostock, Halle, Suhl und in 9 von 11 Ostberliner Bezirken. Ob uns das paßt oder nicht, angesichts dieser Stärke in den ostdeutschen Bundesländern und angesichts der Tatsache, daß sich die PDS anders als z. B. die rechtsradikale DVU zu unserer Verfassung bekennt, ist die Zusammenarbeit mit ihr für die SPD, für BündnisGrüne und auch für die ostdeutsche CDU vielerorts zur Selbstverständlichkeit geworden.

In der Demokratie ist es das gute

Recht aller Parteien, Bündnisse zu schließen, wo man es für richtig hält. Das Verhalten der SPD in Sachsen-Anhalt jetzt aber wieder als „Linksfront“ zu beschimpfen ist pure Heuchelei - vor allem wenn man sich daran erinnert, daß die Christdemokraten nach der Wende ohne mit der Wimper zu zucken, die mit der SED verbundene Blockpartei (Ost-) CDU (DDR-Bezeichnung: „Blockflöten“) geschluckt haben - samt Mitgliederkarteien und (natürlich) Vermögen!

Rußlands Präsident Jelzin, der bisherige ungarische Ministerpräsident Horn und der polnische Präsident Kwasniewski waren Kommunisten. Heute werden sie von Kohl allesamt als „Freunde“ bezeichnet. Wir haben nichts gegen guten Beziehungen. Die CDU sollte allerdings endlich damit aufhören, das, was ihr ein paar 100 Kilometer östlich lieb und teuer ist, hierzulande für Teufelszeug zu erklären.

1994 mag die „Rote-Socken“-Kampagne noch gewirkt haben. Die Zeiten dürften allerdings heute vorbei sein. Wenn jetzt noch in einigen Medien von einer Steilvorlage für CDU/CSU geredet wird, ist dies wohl eher Wunschdenken. Inzwischen haben nämlich viele Menschen gemerkt, wie wenig demokratisch es gewesen wäre, dem eindeutigen Wahlverlierer in Sachsen-Anhalt auf die Regierungsbank zu verhelfen. Jetzt entdeckt, im Gegensatz zum Regierungssprecher, auch der objektivere Teil der Medien wenigstens das Recht ostdeutscher Wähler und Politiker auf eigene Entscheidungen. Immerhin ein Fortschritt.

Und die Menschen in diesem Land wollen und werden sich nicht länger mit dümmlicher Volksfrontpropaganda von den eigentlichen Problemen und von den Versäumnissen einer abgewirtschafteten Bundesregierung und Regierungskoalition ablenken lassen.

Ausbildungsbeihilfe beschlossen

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat die Gemeindevertretung beschlossen, daß die Gemeinde auch in diesem Jahr auf Antrag eine Ausbildungsbeihilfe zahlt.

Wie schon im vergangenen Jahr, kann an Betriebe, die nachweislich einen zusätzlichen Ausbildungsplatz anbieten, den ein Ahnataler Jugendlicher bekommt, einmalig eine Ausbildungsbeihilfe gezahlt werden. Dabei gilt, daß der Betrieb, der einen Erstbewerber einstellt 4000 DM erhält. Bei der Einstellung eines Altbewerbers, also eines Bewerbers, der im vergangenen Jahr keinen Ausbildungsplatz bekommen hat, werden 6000 DM bezahlt.

In 1997 konnte mit dieser Maßnahme drei Ahnataler Jugendlichen zu einem Ausbildungsplatz verholfen werden.

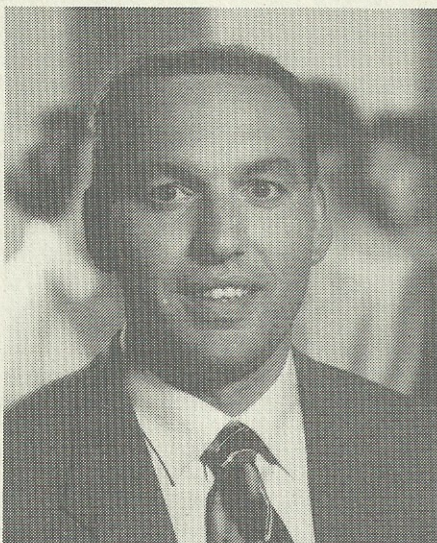
Derzeit suchen noch etwa 20 Ahnataler Jugendliche eine Ausbildungsstelle.

Kennen Sie das auch ?

Wenn man meint, über eine dummen Sache sei endlich Gras gewachsen, dann kommt bestimmt irgendein Kamel und frißt es wieder ab.

Landtagswahl 1999:

Manfred Schaub wieder Landtagskandidat der SPD



Die Wahlkreisdelegiertenkonferenz der SPD hat im April in Vellmar mit einem eindrucksvollen Votum (151 von 156 abgegebenen Stimmen) den derzeitigen SPD-Landtagsabgeordneten Manfred Schaub (Foto) aus Baunatal wieder zum Kandidaten im Wahlkreis 2, Kassel-Land, für die Landtagswahl im nächsten Frühjahr nominiert.

Die Arbeit von Manfred Schaub als Landtagsabgeordneter wurde in den vergangenen Jahren von seinen selbstgesteckten Vorgaben bestimmt:

Bürger nah, die Sorgen der Menschen ernst nehmend, hat er sich aktiv und wirkungsvoll für Nordhessen eingesetzt.

Das war ein Grund für den Vertrauensbeweis der Delegierten für den engagierten Nachfolger von Dr. Herbert Günther.

Manfred Schaub ist Sprecher der Nordhessen-Runde und sportpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Außerdem ist er Mitglied im Innen- und Rechtsausschuß des Landtages. Seit 1995 ist er Vorsitzender des SPD-Unterbezirk Kassel-Land und seit 1997 auch Vorsitzender der Kreistagsfraktion der SPD.

Manfred Schaub sieht seine Hauptaufgabe auch in der Zukunft darin, zusammen mit der nordhessischen SPD Arbeitslosigkeit und Lehrstellennot in Nordhessen zu bekämpfen.

Als Ersatzbewerberin im Wahlkreis 2 wurde Ulrike Gottschalck aus Niestetal gewählt. Ulrike Gottschalck ist Vorsitzende des SPD-Unterkreises Losse-Niestetal und stellvertretende Kreistagsvorsitzende.

Termine ... Termine ... Termine ... Termine ... Termine... Termine

- | | |
|----------------|--|
| 5. Juli 1998 | Sommerfest der SPD in Kaufungen am Steinertsee mit Rudolf Scharping |
| 1. Sept. 1998 | Kassel, Stadthalle Wahlkampfveranstaltung mit Gerhard Schröder |
| 5. Sept. 1998 | Familiennachmittag der SPD Ahnatal mit Gerhard Rübenkönig |
| 20. Sept. 1998 | Sommerfest des SPD-Unterkreises im Ahnepark in Vellmar |

Bitte beachten Sie auch unsere jeweils aktuellen Ankündigungen im Mitteilungsblatt

Termine ... Termine ... Termine ... Termine ... Termine... Termine

Aufschwung (?)

In der *Frankfurter Rundschau* war neulich zu lesen, daß nach den aktuellen Wachstumsdaten des Statistischen Bundesamtes im 1. Quartal 1998 das Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Löhne, Gehälter) um 0,3 % gestiegen ist. Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (hauptsächlich Gewinne, Zinsen, Mieteinkünfte) schnellte im gleichen Zeitraum um 17,5 % (!) hoch.

Sind Sie der Meinung, daß dies so weiter gehen darf?

- DAS SPRACHROHR -

Herausgeber: SPD Ahnatal
Redaktion: Gerhard Schreiber
Weidenweg 18
34292 Ahnatal
MDM, Kassel

Druck: Auflage: 3500

Das SPRACHROHR erscheint mehrmals im Jahr und wird kostenlos an alle Haushalte in Ahnatal verteilt.